

Berlin bietet Bern Hilfe im Zollstreit an

Friedrich Merz empfängt Karin Keller-Sutter mit militärischen Ehren und viel Optimismus

THOMAS FUSTER, BERLIN

Eigentlich könnten Deutschland und die Schweiz allfällige Dispute unkompliziert durch Zurufe über den Gartenzaun regeln. So liegen das Bundeskanzleramt und die schweizerische Botschaft in Berlin direkt nebeneinander. Doch während der Zeit der Ampelregierung von Olaf Scholz zeigte sich, dass räumliche Nähe nicht vor Irritationen schützt.

Seien es die von Deutschland verfügbaren Grenzkontrollen im Kampf gegen die irreguläre Migration. Oder das in der Schweiz geltende Kriegsmaterialgesetz, das die Lieferung von Waffen in Konfliktgebiete verunmöglicht: Beide Länder sorgten beim Gegenüber miteinander für Kopfschütteln. Im grundsätzlich harmonischen Verhältnis fehlte es nicht an Reibung.

Sichtlich gutgelaunt

Seit wenigen Monaten regiert in Berlin aber ein neues Kabinett. Und beim ersten, von militärischen Ehren flankierten Treffen zwischen Friedrich Merz und Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter am Dienstag im Bundeskanzleramt gewann man rasch den Eindruck: Merz tritt dem Nachbarn mit mehr Wohlwollen gegenüber als sein Vorgänger. Kein kritisches Wort zur Schweiz ging dem gutgelaunten Kanzler beim gemeinsamen Medienauftritt über die Lippen. Die Schweiz: ein verlässlicher Nachbar. Die Beziehung: exzellent. Wo bei Merz nicht verheimlichte, dass er auf eine zügige Umsetzung der Verträge zwischen der EU und der Schweiz hofft. Das mache beide Länder wettbewerbs- und widerstandsfähiger.

Für Keller-Sutter dürfte es nach den Turbulenzen um ihr Telefonat mit Donald Trump ein Moment des Durchatmens gewesen sein. Doch selbstverständlich war der Zollstreit, unter dem die Schweiz angesichts eines Zolles von 39 Prozent deutlich stärker leidet als Deutschland, das mit dem EU-Satz von 15 Prozent davonkommt, ein zentrales Thema.

Als exportorientierte Länder seien Deutschland und die Schweiz auf offene Märkte angewiesen, sagte Merz. Umso wichtiger sei es, dass europäische Länder näher zusammenrückten und zusammenarbeiteten. Keller-Sutter ergänzte, der hindernisfreie Handel sei Grundlage für Wohlstand in Europa und treibende Kraft für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

Auf die Frage einer Journalistin an Keller-Sutter, ob sie bei Merz um Schützenhilfe gebeten habe beim Zollstreit, meinte sie: Natürlich habe man darüber gesprochen. Und wenn es Unterstützung von aussen geben könne, nehme man diese gern an. Doch letztlich müsse die Schweiz dieses Problem selber lösen.

Merz ergänzte, dass man sich bereits vor diesem Treffen mit der Schweiz ausgetauscht habe zum Zollstreit. Er hoffe sehr, dass es gelinge, dass die Schweiz die exorbitanten US-Zollsätze noch senken könne. Auch die EU müsse für Bereiche wie Stahl und Aluminium 50 Prozent Zölle bezahlen. Man versuche, dies zu lösen. «Und selbstverständlich bin ich gerne bereit, auch hier die Schweiz mit einzubeziehen.»

Schützenhilfe stellte Merz seinem Gast auch auf aussenpolitischer Ebene in Aussicht. So machte sich der Bundeskanzler stark für Genf als Austragungsort für Verhandlungen über einen

Waffenstillstand im Ukraine-Krieg. Er werde der «Koalition der Willigen» einen solchen Vorschlag unterbreiten.

Kaum noch für bilateralen Zwist scheinen die Grenzkontrollen Deutschlands zu sorgen. Für die Schweiz sei klar, dass illegale Migration gestoppt werden müsse, sagte Keller-Sutter gegenüber der NZZ. Zudem hätten die verschärften Kontrollen bisher keine negativen Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr gezeigt. Der deutsche Innenminister Alexander Dobrindt hat ohnehin klargemacht, die Kontrollen auf absehbare Zeit beibehalten zu wollen. Ein Besuch Dobrindts in Bern wurde kurzfristig abgesagt, soll aber bald nachgeholt werden.

Vorbildlicher Arbeitseifer

Merz ging gegenüber den Medien nicht explizit auf die Grenzkontrollen ein. Er sagte aber, man habe der Schweiz versichert, weiterhin an offenen Grenzen im Schengenraum festhalten zu wollen. «Wir haben eine grosse Zahl von Pendlern, die in Deutschland wohnen und in der Schweiz arbeiten oder umgekehrt. Und wir wollen, dass sich diese Menschen auch weiter möglichst frei bewegen können.»

Mehr als Grenzkontrollen beschäftigt Merz derzeit aber der Zustand des deutschen Sozialstaats. Dieser ist kaum noch zu finanzieren, wie Merz betont. In einem Interview rief er seine Landsleute jüngst dazu auf, sich die Schweiz zum Vorbild zu nehmen. Dort werde pro Jahr 200 Stunden mehr gearbeitet – rund vier Stunden pro Woche. Es ist vielleicht einer der Gründe, warum Merz momentan keinerlei Kritik am Nachbarn äussert.